

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 31 1030/1-II/7/89 *25*

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Beamten- Kranken- und Unfallver-
sicherungsgesetz geändert wird
(19. Novelle zum B-KUVG);
Begutachtung

z.Zl. 21.139/5-1/1989
vom 27. September 1989

14/SN-251/ME
Himmelpfortgasse 4 - 8

Postfach 2

A-1015 Wien

Telefon 51 433 / DW

1816

Sachbearbeiter:

Rätin Dr. Gotthalmseder

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	<i>75. GE'9 8</i>
Datum:	30. OKT. 1989
Verteilt.	31. OKT. 1989 <i>Dr. Schlusche</i>

Sofort

An den

Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1010 W i e n

Im Sinne der Entschliebung des Nationalrates betr. die Begutachtung des an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzesentwurfes beehrt sich das BMF, in der Anlage seine Stellungnahme zu dem vom BMAS erstellten und mit Note vom 27. September 1989, Zl. 21.139/5-1/1989 versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Beamten-Kranken und Unfallversicherungsgesetz geändert wird (19. Novelle zum B-KUVG) geändert wird, in 25-facher Ausfertigung zu übermitteln.

Anlagen: 25 Kopien

23. Oktober 1989

Für den Bundesminister:

Dr. Schlusche

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 31 1030/1-II/7/89

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Beamten- Kranken- und Unfall-
versicherungsgesetz geändert wird
(19. Novelle zum B-KUVG); Begut-
achtung

z.Zl. 21.139/5-1/1989 vom
27. September 1989

Himmelpfortgasse 4 - 8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telefon 51 433 / DW

1816

Sachbearbeiter:

Rätin Dr. Gotthalmseder

An das

Bundesministerium für Arbeit und
Soziales

W i e n

Zur do. Note vom 27. September 1989, Zl. 21.139/5-1/1989 betr. den Entwurf
eines Bundesgesetzes, mit dem das Beamten- Kranken- und Unfallversicherungsgesetz
geändert wird (19. Novelle zum B-KUVG) wird ha. wie folgt Stellung
genommen:

Zu Pkt. I Z 2, Z 5 darf auf die entsprechenden ho. Stellungnahmen zum ASVG
verwiesen werden.

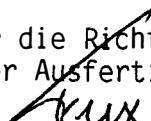
Zu Art. I/1: Erhöhung des Dienstgeberzuschlages für die Auslagen der er-
weiterten Heilbehandlung

Die Begründung zu diesem Punkt in den Erläuternden Bemerkungen kann ha.
nicht voll überzeugen. Primär sollte es das Ziel sein, nicht durch die Erhöhung
des Dienstgeberzuschlages sondern durch eine einnahmenorientierte Ausgaben-
politik das finanzielle Gleichgewicht zu erreichen. Nach ho. Auffassung
bestünden noch ausreichende Möglichkeiten, im Ausgabenbereich restriktiver
vorzugehen.

25 Ausfertigungen der Stellungnahme wurden unmittelbar dem Präsidium des
Nationalrates zugeleitet.

23. Oktober 1989
Für den Bundesminister:
Dr. Schlusche

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



Telex 111688 — Telefax 512 78 69